



Kommunalwahl Niedersachsen 2021 Fragen an die Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig

Antworten der CDU

Frage 1: Welche Gründe gibt es aus Ihrer Sicht, warum queere Menschen nach Braunschweig ziehen sollten? Und mit welchen konkreten Maßnahmen würden Sie das fördern?

Antwort: Braunschweig ist eine weltoffene und tolerante Stadt und das ist auch schon das Hauptargument für die CDU, warum queere Menschen in unsere Löwenstadt ziehen sollte. Diese Weltoffenheit und Toleranz zeigen sich an der großen Akzeptanz für queeres Leben und nicht zuletzt am jährlichen Sommerloch-Festival, das mittlerweile zum größten LSBTQI*-Event zwischen Hamburg, Berlin und Köln geworden ist und jedes Mal mehrere tausend Menschen nach Braunschweig zieht. Doch diese Weltoffenheit und Toleranz müssen jeden Tag aufs Neue hart erarbeitet und teilweise sogar erkämpft werden. Die Sichtbarkeit von Menschen aus der LSBTQI*-Community – auch bei uns in Fraktion und Partei – ist durch eine Zunahme links- wie rechtsextremer Vorfälle in unserer Stadt bedroht. Erst vor Kurzem hat der Verfassungsschutz in seinem aktuellen Bericht darauf hingewiesen, dass Braunschweig inzwischen nicht mehr nur ein Hotspot des Islamismus, sondern auch des Rechtsextremismus geworden ist. Die Stadtgesellschaft muss sich geschlossen solchen Entwicklungen entgegenstellen. Gleichzeitig muss die Verwaltung alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um ein sicheres, offenes und freies Leben für alle Menschen in Braunschweig zu ermöglichen.

Frage 2: In vielen Städten auf der Welt werben gleichgeschlechtliche Ampelfiguren für Vielfalt. Die Stadtverwaltung sieht in den Figuren eine Gefahr für die „Sicherheit“. Wie stehen Sie dazu?

Antwort: Die von der Stadtverwaltung vorgebrachten Bedenken als Gefährdung für die Sicherheit teilen wir als CDU-Fraktion nur begrenzt. Allerdings sind wir gleichzeitig der Auffassung, dass es wichtigere Fragestellungen für die Sichtbarkeit von queeren Menschen in unserer Stadt gibt. Dazu zählt neben einer notwendigen Akzeptanz im öffentlichen Raum und innerhalb der Verwaltung auch der Kampf gegen Extremismus jedweder Art. Dies bringt uns mehr als einfache Symbolpolitik.



**SOMMERLOCHFESTIVAL
CSD BRAUNSCHWEIG**

www.csd-bs.de



VSE e.V.

Verein für sexuelle Emanzipation e.V.

Echternstraße 9
38100 Braunschweig
Tel. 0531-615 15 757
Fax 0531-615 15 758

www.vsebs.de
info@vsebs.de

Der VSE e.V. wurde vom Finanzamt
Braunschweig als gemeinnützig
und besonders förderungswürdig
anerkannt (V76-243).

Volksbank BraWo
IBAN DE73 2699 1066 6080 5450 00
BIC GENODEF1WOB

VSE e.V. • Echternstraße 9 • 38100 Braunschweig

Frage 3: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass in der Kommunikation und Außendarstellung der Stadt die geschlechtliche Vielfalt der Bürger*innen Rechnung getragen wird?

Antwort: Die CDU Deutschlands und auch die Braunschweiger CDU ist eine traditionsreiche Partei mit vielen unterschiedlichen Charakterköpfen, an denen man sich orientieren aber auch reiben kann. An dieser Stelle halten wir es mit dem ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer, der sinngemäß gesagt hat, jeder möge nach seiner Fassung glücklich werden. Dies soll jedoch keinesfalls, wie in der Frage implementiert, ein Bekenntnis für gendergerechte Sprache sein. Diese Form der Sprachverstümmelung lehnen wir ab und stehen vielmehr für eine differenzierte Sicht zwischen der Geschlechtergleichheit und einem intuitiven Sprachgebrauch.

Frage 4: In welchem Umfang werden Sie die Arbeit des VSE zukünftig unterstützen?

Antwort: Die Zuschüsse an den Verein für sexuelle Emanzipation (VSE e. V.) belaufen sich momentan auf 80.000€ pro Jahr, dieses Niveau wollen wir halten. Der Haushalt der Stadt Braunschweig ist unter der rot-grünen Ratsmehrheit jedoch erneut in massive Schieflage geraten und muss zunächst wieder in Ordnung gebracht werden. Der Zuschuss an den VSE ist eine so genannte freiwillige Leistung. Sollte die finanzielle Talfahrt weiter anhalten, dürfte uns die in Hannover sitzende Kommunalaufsicht dazu auffordern, zunächst diese freiwilligen Leistungen zu streichen oder mindestens zu kürzen. Das gilt es zu verhindern. Denn wenn wir die wichtige Arbeit des VSE auch in zehn und 15 Jahren noch finanziell unterstützen wollen, muss jetzt gegengesteuert werden.